

**Beschleunigte Planung von Projekten zur
Bewirtschaftung der erhöhten
Nahmobilitätspauschale
Personalbedarf**

Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 16273

Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 06.11.2019 (SB)

Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag der Referentin.....	2
1. Anlass.....	2
2. Stellenbedarf.....	2
2.1. Quantitative Aufgabenausweitung.....	2
2.1.1. Aktuelle Kapazitäten.....	3
2.1.2. Zusätzlicher Bedarf.....	3
2.1.3. Bemessungsgrundlage.....	4
2.2. Alternativen zur Kapazitätsausweitung.....	4
2.3. Zusätzlicher Büroraumbedarf.....	4
3. Darstellung der Kosten und der Finanzierung.....	5
3.1. Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit.....	5
3.2. Nutzen.....	5
3.3. Finanzierung.....	5
II. Antrag der Referentin.....	6
III. Beschluss.....	8

I. Vortrag der Referentin

Zuständig für die Entscheidung ist der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung, weil die Vorgaben aus dem Eckdatenbeschluss eingehalten werden (siehe Schreiben Stadtkämmerei / Personal- und Organisationsreferat vom 30.07.2019).

1. Anlass

Mit Antrag Nr. 14-20 / A 04961 der Stadtratsfraktionen der CSU und der SPD vom 07.02.2019 wurde eine Erhöhung der Nahmobilitätspauschale von bisher jährlich 10 Mio € auf zukünftig 25 Mio € jährlich beantragt. Diese Erhöhung wird im Bauausschuss am

05.11.2019 dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt. Mit der Erhöhung der Nahmobilitäts- pauschale sollen weitere Maßnahmen wie z.B. die Sanierung und Verbesserung von Rad- und Fußwegen und Fahrradstraßen, Bau von Fahrradabstellanlagen und der vermehrte Austausch von Lichtsignalanlagen an Knotenpunkten mit neuen Radverkehrsführungen umgesetzt werden sowie weitere Verbesserungen der Nahmobilität für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer realisiert werden.

Diese Themen berühren die Zuständigkeit der Abteilung Verkehrsplanung im Referat für Stadtplanung und Bauordnung insoweit, als hierfür - sobald einzelne Maßnahmen Veränderungen bzw. Eingriffe in die bisherige Straßenraumaufteilung erfordern - vorausgehende verkehrstechnische Machbarkeitsuntersuchungen als Planungsgrundlage für die ausführenden Referate, Baureferat und Kreisverwaltungsreferat, erforderlich sind. Zudem sind für weitere qualitative und kurzfristig realisierbare Verbesserungen der Nahmobilität für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer entsprechende Lösungskonzepte zu erarbeiten.

2. Stellenbedarf

2.1. Quantitative Aufgabenausweitung

Um die mit der Erhöhung der Nahmobilitätspauschale einhergehenden zusätzlichen Maßnahmen realisieren zu können, ist auch eine entsprechende Erhöhung der Personalkapazitäten mit speziellen Fachkenntnissen in der Nahmobilitäts- und Radverkehrsplanung im Referat für Stadtplanung und Bauordnung, in der Abteilung Verkehrsplanung erforderlich. Die Bearbeitung einer höheren Anzahl an Machbarkeitsuntersuchungen und Entwicklungen von Lösungskonzepten zur Verbesserung der Nahmobilität für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie für Radfahrerinnen und Radfahrer pro Jahr ist mit dem derzeit verfügbaren Personal in der Abteilung Verkehrsplanung nicht leistbar. Bereits heute schon sind die vorhandenen Personalkapazitäten für die in Planung befindlichen und vom Stadtrat bereits beauftragten stadtweiten Nahmobilitäts- und Radverkehrsprojekte, wie die kontinuierliche Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen und Entwicklung von Konzepten zur Verbesserung des Radverkehrs aus dem Grundsatzbeschluss Radverkehr, der Untersuchungen und Konzeptentwicklung zur Umsetzung von Radschnellverbindungen, der Verbesserung und dem bedarfsgerechten Ausbau von Radabstellplätzen und -anlagen, der Umsetzung von Projekten und Konzepten zur Verbesserung der Barrierefreiheit, dem laufenden Ausbau und der Durchführung von Erhebungen und Evaluierungen von Radverkehrsdaten, voll ausgelastet. Darüber hinaus steigen auch die Anforderungen und die Anzahl an Projekten in weiteren Bereichen, in denen die Nahmobilität und der Radverkehr eine zunehmende Bedeutung gewinnen, kontinuierlich an, wie z.B. im Bereich der Erarbeitung von Mobilitäts- und Verkehrserschließungskonzepten in der Bebauungsplanung sowie bei Stadtsanierungsprojekten. Um den erforderlichen Beitrag zur Bewirtschaftung einer zukünftig mehr als verdoppelten Nahmobilitätspauschale leisten zu können, werden deshalb, vorbehaltlich einer positiven Zustimmung des Stadtrates zur Erhöhung der Nahmobilitätspauschale, zunächst zwei zusätzliche VZÄ in E13 mit speziellen Fachkenntnissen in der Nahmobilitäts- und Radverkehrsplanung in der Abteilung Verkehrsplanung beantragt. Falls erforderlich, müssen ggf. noch weitere Personalkapazitäten angefordert werden.

2.1.1. Aktuelle Kapazitäten

Aktuell sind in der Abteilung Verkehrsplanung für die Aufgaben in der Nahmobilitäts- und Radverkehrsplanung für das gesamte Stadtgebiet 4 Vollzeitäquivalente (VZÄ) Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im technischen Dienst in E13 beschäftigt. Wie im Vorangegangenen beschrieben, können bei einer Erhöhung der Nahmobilitätspauschale mit den derzeitigen Personalkapazitäten keine zusätzlichen Projekte bearbeitet und keine schnellere Bearbeitung ermöglicht werden.

2.1.2. Zusätzlicher Bedarf

2 VZÄ Sachbearbeitung für die beschleunigte Planung von Projekten zur Bewirtschaftung der erhöhten Nahmobilitätspauschale, E13, Technischer Dienst, 4. Qualifikationsebene

Folgende Aufgabenschwerpunkte sollen die künftigen Stelleninhaberinnen / -er übernehmen:

- kurzfristige und termingerechte Durchführung von eigenen/ bzw. Beauftragung und Begleitung externer Machbarkeitsuntersuchungen zu Projekten der Verbesserung von Rad- und Fußwegen und Fahrradstraßen sowie dem vermehrten Austausch von Lichtsignalanlagen an Knotenpunkten mit neuen Radverkehrsführungen.
- Entwicklung von Konzepten und Umsetzung von Verbesserungen der barrierefreien Infrastruktur für den Fuß- und Radverkehr
- Mitwirkung bei der Priorisierung von Projekten entsprechend der schnellen und kurzfristigen Umsetzbarkeit von Maßnahmen
- kurzfristige und termingerechte Durchführung von Bedarfsabschätzungen und Standortentscheidungen von Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Raum
- Beteiligung bzw. - soweit zuständig - eigene Berichterstattung gegenüber dem Stadtrat (Bekanntgaben/Beschlusswesen)
- Begleitung des kontinuierlichen Monitorings sowie ggf. der Evaluierung von Maßnahmen
- Begleitung von Teilnahmeverfahren/Öffentlichkeitsarbeit (Bürgerversammlungen, Presseinformationen etc.) und die damit verbundene Organisation und Moderation von Veranstaltungen
- Bearbeiten von Anträgen und Bürgerversammlungsempfehlungen i.R. der eigenen Zuständigkeit

2.1.3. Bemessungsgrundlage

Da es sich um Stellen handelt, die überwiegend strategische und konzeptionelle Tätigkeiten erfüllen, ist der Mehrbedarf kaum durch eine Personalbedarfsermittlung ermittelbar und aus diesem Grund auch nicht notwendig.

2.2. Alternativen zur Kapazitätsausweitung

Die Bearbeitung des erweiterten Arbeitsspektrums ist mit einem erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand verbunden, welches nicht mit dem bestehenden Personal kompensiert werden kann und erst nach Besetzung der unter Ziffer 2 dargestellten zusätzlichen Positionen realisiert werden kann.

Im Bereich Verkehrsplanung können keine Personalkapazitäten ohne negative Folgen für die derzeit laufenden Aufgaben verlagert werden, da alle Kapazitäten voll ausgelastet sind. Somit würde eine Umverteilung bzw. Priorisierung zu Lasten des Tagesgeschäfts, wie z.B. der Bearbeitung von Anträgen, Anfragen und Bürgerversammlungsempfehlungen oder zu Lasten von anderen Projekten, wie z.B. der Erarbeitung von Mobilitäts- und Verkehrserschließungskonzepten in der Bebauungsplanung, gehen. Gewisse Aufgaben im Tagesgeschäft oder andere Projekte müssten zeitlich in der Bearbeitung spürbar ausgedehnt oder zeitlich verschoben werden bzw. könnten ggf. gar nicht mehr wahrgenommen werden. Im Ergebnis würde sich damit die Sach- und Projektbearbeitung in diesen Aufgabenbereichen qualitativ und quantitativ deutlich verschlechtern.

2.3. Zusätzlicher Büroraumbedarf

Der unter Ziffer 2.1 beantragte zusätzliche Personalbedarf im Umfang von 2,0 VZÄ im Bereich Verkehrsplanung (PLAN-HA I-3) soll ab dem Jahr 2020 dauerhaft im Verwaltungsgebäude des Referats für Stadtplanung und Bauordnung am Standort Blumenstraße 31-35 eingerichtet werden.

Durch die beantragten unbefristeten Stellen (2 VZÄ) wird Flächenbedarf ausgelöst. Da dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung im Laufe des Jahres 2020 neue Räume zugewiesen werden, die derzeit vom Kommunalreferat belegt sind, können die zwei Arbeitsplätze aus Sicht des Referates für Stadtplanung und Bauordnung dauerhaft aufgrund der zusätzlich zugewiesenen Flächen untergebracht werden. Bis zur Freisetzung der Flächen des Kommunalreferates erfolgt die Unterbringung durch temporäre Nachverdichtung im Bürogebäude Blumenstr. 31-35.

3. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

3.1. Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten	165.360€ ab 2020	4.000€ in 2020	
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)*	163.760€ ab 2020		
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)**		4.000€ in 2020	
Transferauszahlungen (Zeile 12)			
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)	1.600€ ab 2020		
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (Zeile 14)			
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente	2		

* Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerungsumlage, kalkulatorische Kosten) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

** ohne arbeitsplatzbezogene IT-Kosten

Ab 2015 gelten für die Verrechnung der Leistungen mit it@M die vom Direktorium und der Stadtkämmerei genehmigten Preise. Die zur Zahlung an it@M erforderlichen Mittel für die Services „Arbeitsplatzdienste“ und

„Telekommunikation“ werden im Rahmen der Aufstellung des Haushalts- bzw. Nachtragshaushaltsplanes in die Budgets der Referate eingestellt. Eine gesonderte Beschlussfassung über die Mittelbereitstellung ist daher nicht mehr erforderlich.

Sonstige IT-Kosten, wie z.B. Zahlungen an externe Dritte, sind hier mit aufzunehmen!

3.2. Nutzen

Es gibt keinen durch Kennzahlen quantifizierbaren Nutzen.

Darüber hinaus ergibt sich folgender Nutzen, der nicht durch Kennzahlen bzw. Indikatoren beziffert werden kann:

Durch die zwei zusätzlichen Stellen im Referat für Stadtplanung und Bauordnung können die notwendigen Voraussetzungen, wie kurzfristige verkehrstechnische Machbarkeitsuntersuchungen zu Projekten, Priorisierung von Projekten, kurzfristige und termingerechte Durchführung von Bedarfsabschätzungen etc. geschaffen werden, damit die mit der Erhöhung der finanziellen Rahmenbedingungen gewünschten weiteren qualitativen und unbürokratischen Verbesserungen der Nahmobilität für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie für Radfahrerinnen und Radfahrer realisiert werden und die erhöhten Mittel auch entsprechend bewirtschaftet werden können.

3.3. Finanzierung

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Referat für Stadtplanung und Bauordnung im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2020; siehe Lfd. Nr. 30 der Liste der geplanten Beschlüsse des Referats für Stadtplanung und Bauordnung.

Die Beschlussvorlage ist mit dem Baureferat abgestimmt.

Die Beschlussvorlage wurde vom Personal- und Organisationsreferat, vom Kommunalreferat und von der Stadtkämmerei mitgezeichnet. Das Kommunalreferat, das Personal- und Organisationsreferat und die Stadtkämmerei haben Abdrucke dieser Vorlage erhalten.

Beteiligung des Bezirksausschusses

Die Satzung für die Bezirksausschüsse sieht in der vorliegenden Angelegenheit kein Anhörungsrecht der Bezirksausschüsse vor.

Der Korreferentin, Frau Stadträtin Rieke, und dem zuständigen Verwaltungsbeirat, Herrn Stadtrat Bickelbacher, ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag der Referentin

Ich beantrage Folgendes:

1. Vom Vortrag der Referentin zur geplanten Erhöhung der Nahmobilitätspauschale auf 25 Mio € und der daraus resultierenden Notwendigkeit, Stellen für zwei VZÄ, einzurichten, die verstärkt Fuß- und Radverkehrsprojekte planen und eine zeitnahe Umsetzung ermöglichen, wird Kenntnis genommen.
2. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel für Personalauszahlungen i.H.v. 163.760 € im Rahmen des Haushaltsplanaufstellung 2020 anzumelden, vorbehaltlich einer positiven Zustimmung des Stadtrates zur Erhöhung der Nahmobilitätspauschale.
3. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Arbeitsplatzkosten in Höhe von 1.600 € zur Haushaltsplanaufstellung 2020 anzumelden, vorbehaltlich einer positiven Zustimmung des Stadtrates zur Erhöhung der Nahmobilitätspauschale.
4. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die einmalig erforderlichen Haushaltsmittel für die Arbeitsplatzereinrichtung i.H.v. 4.000 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2020 anzumelden, vorbehaltlich einer positiven Zustimmung des Stadtrates zur Erhöhung der Nahmobilitätspauschale.
5. Das Produktkostenbudget beim Produkt Stadtentwicklungsplanung 38512100 erhöht sich 2020 um 169.360 €, die auch zahlungswirksam sind, vorbehaltlich einer positiven Zustimmung des Stadtrates zur Erhöhung der Nahmobilitätspauschale.
6. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Einrichtung der zwei VZÄ Stellen sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen, vorbehaltlich einer positiven Zustimmung des Stadtrates zur Erhöhung der Nahmobilitätspauschale.
7. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die unter Ziffer 2.3 des Vortrages dargestellten Flächenbedarfe bei Bedarf gegenüber dem Kommunalreferat anzumelden, sobald weitere Flächen zugewiesen werden sollen.
8. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Stadtrat nach Ablauf von 3 Jahren nach Stellenbesetzung erneut zu befassen, wobei die tatsächlich erreichten Ziele und Effekte darzustellen sind und zu begründen ist, ob und ggf. in welchem Umfang die zusätzlichen Stellen dauerhaft benötigt werden.
9. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister/-in

Prof. Dr.(I) Merk
Stadtbaurätin

IV. Abdruck von I. - III.

Über die Verwaltungsabteilung des Direktoriums, Stadtratsprotokolle (SP)
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

V. WV Referat für Stadtplanung und Bauordnung – SG 3

zur weiteren Veranlassung.

Zu V.:

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An das Baureferat
3. An das Referat für Kommunalreferat
4. An das Referat für Personal- und Organisationsreferat
5. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – SG 3
6. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA I, HA I/01, HA I/01_BVK
7. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA II
8. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA III
9. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
10. Mit Vorgang zurück zum Referat für Stadtplanung und Bauordnung HA/31
zum Vollzug des Beschlusses.

Am

Referat für Stadtplanung und Bauordnung SG 3